

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

47. Jahrg.

Abonnementpreis: Vierteljährlich 65 Pfennig, monatlich 22 Pfennig, auschl. Postbestellgebühr. Erscheinungstage des Korr.: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. — Jährlich 150 Nummern.

Leipzig, den 17. Juli 1909.

Anzeigenpreis: Arbeitsmarkt, Versammlungs-, Vergütungsinserate ufm. 15 Pfennig die Zeile; Käufe, Verkäufe und Empfehlungen aller Art 50 Pfennig die Zeile. Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 81.

Perspektiven!

Das Spiel ist aus. Auf vier bis fünf Monate hat die Gesetzesmaschine ausgefetzt, bleibt der Vorhang gefallen in Deutschlands größtem Theater, das soeben seine längste, aber auch wohl unglücklichste Saison beendet hat.

In der Geschichte des Deutschen Reichstags wird diese letzte, arbeitsreichste Session wahrlich nicht zu den Ruhmesblättern zählen, und für die Geschichte des Deutschen Reichs muß das Ergebnis dieser Tagung von unheilvollsten Folgen sein. Schlimmer noch als das, was die parlamentarischen Dezemberstürme von 1902 dem deutschen Volke brachten: den Handel und Industrie so empfindlich lähmenden, die agrarischen Sonderinteressen hingegen außerordentlich begünstigenden Zolltarif. Von welchem der in seinem Glauben zu den Ostelbieren unerforschliche Willow bei seiner Annahme euphemistisch meinte, er werde wirken zum Segen des Vaterlandes! Wenn die agrarische Schröpfungswirtschaft, die egoistische Interessenpolitik der Krautjunker identisch wäre mit dem Wohle der Nation, dann hätte Willows Ausspruch einen Sinn. Da aber die Dinge denn doch etwas anders liegen, weil eben Deutschland kein Agrarstaat ist, sondern mehr und mehr ein Industrieland wird, ist er bezeichnend für die volkswirtschaftliche Kurzsichtigkeit des vierten deutschen Reichskanzlers.

Und dieser Standpunkt einer erstaunlich großen Kurzsichtigkeit des leitenden deutschen Staatsmanns in wirtschaftlichen Fragen, gepaart mit einer unbegreiflichen Sinnigkeit zu den ihn jedoch mit der ganzen Rücksichtslosigkeit des preußischen Junkers behandelnden Agrariern, hat den nunmehr hinter uns liegenden Tagungsabschnitt des Reichsparlaments zu einem erbarmungswürdigen Schauspiel für die Regierung getempelt, dem Ansehen des Deutschen Reichs im Auslande nichts weniger als genützt, der Masse des deutschen Volks aber unabhsehbare Schädigungen eingetragen. Der verbündeten Regierungen stereotypem „Unannehmbar“ folgte immer prompt ein Schritt zurück vor der neuen, an Skrupellosigkeit nicht zu übertreffenden Reichstagsmehrheit, die sich zusammensetzt aus dem mit angefeimter Brutalität nur persönliche Interessen verfolgenden Junkertum und einer rachs- und ränkeltüchtigen Partei, die allem kulturellen Fortschritte zum Hohn immer noch das stärkste und mächtigste politische Gebilde in Deutschland ist. Diese traditionelle Koalition des Rückschritts mit ihren winzigen reaktionären Anhängseln läßt, spottend aller Vorstellungen, Bitten und Beschwörungen, selbstlich jedes Allgemeininteresse mit Füßen zertreten, ist höhnennd über jedes „Unannehmbar“ der Reichsregierung zur Tagesordnung übergegangen, brachte den schwächlichen Reichskanzler Willow unter die Räder und den verbündeten Regierungen eine schmählige Niederlage bei und erzielte für ihre nichts weniger denn idealen und gemeindlichen Sonderinteressen einen vollen, restlosen Erfolg. Nur ein einziges Mal zeigten sich die großen wie die traurigen Gelben der letzten parlamentarischen Kampagne von einer anderen Seite, nämlich Konservative und Zentrum nachgiebig, die Regierung aber unbeugsam. Das war am letzten Tage bei Verabschiedung des Besoldungsgesetzes. Da er-

klärte der sonst immer umfallbereite Bundesrat, das ganze Gesetz werde von ihm abgelehnt werden, wenn der Reichstag über die Kommissionsbeschlüsse hinausgehen würde. Und die gleiche Reichstagsmehrheit, die bisher jedem „Unannehmbar“ vom Regierungstisch aus getrost und ihre Macht hatte spielen lassen, sie empfand jetzt, wo es sich um eine beabsichtigte größere Aufbesserung der Unter- und der mittleren Beamten handelte als vorge schlagen, Einsehen mit den finanziellen Bedenken der Reichsregierung, just wie kurz zuvor schon bei der (abgelehnten) höheren Soldatenlöhnung. Der Riesenbeutezug der Agrarier wurde jedoch mit Nägeln und Nähen verteidigt und jedes dagegen ausgeworfene Bedenken brüsk abgewiesen und niedergeschrien — genau wie 1902 bei Beratung des Budgettarifs! Dieser Kontrast erhellt grell die politische Situation in Deutschland, macht bei dem Bedenken erschauern, was diese reaktionäre Machtkonstellation noch an volkswirtschaftlichen Verwüstungen anrichten kann.

Betrachten wir nur den diesmaligen „Segen“ und prüfen wir ihn etwas auf seine Wirkungen. Nach der am 10. Juli in der siebenten Abendstunde vorgenommenen Schlußabstimmung über die verhandelte Finanzreform sind 420 Millionen Mark an weiteren indirekten Steuern bewilligt worden. Diese Summe verteilt sich auf folgende Objekte: Bier 100 Millionen Mark, Branntwein 80, Tabak 45, Grundstücksstempel 40, Kaffee und Thee 37, Salostempel 27 1/2, Zündhölzer und Zündkerzen 23 1/2, Effektenstempel 22 1/2, Beleuchtungsmittel 20, Stempel auf Schecks, Bankquittungen und Wechsel 20, Schaumwein 5 Millionen Mark. Tatsächlich sind aber in dem mehr als achtmonatelangen Kampf um die „Reform“ der reichsdeutschen Finanzwirtschaft 500 Millionen bewilligt worden. Die Jahrsartensteuer, diese so viel angegriffene Besteuerung des Verkehrs, ist nämlich nicht beseitigt worden, auch die Zucksteuer bleibt bestehen, und schließlich hat man den unter der Mißwirtschaft des Reichs schwer leidendsten Einzelstaaten 25 Millionen Mark mehr an Matrifularbeiträgen aufgebracht. So setzt sich das Riesensteuerbudget von 500 Millionen Mark zusammen.

Diese halbe Milliarde sind fast ausschließlich die breite Masse des Volks treffende, ihre Lebenshaltung herabdrückende Steuern. Die Verteuerung wird sehr fühlbar werden. Ein Berliner Blatt hat die sich notwendig machenden Mehrausgaben für einen mittleren Haushalt auf 10,50 Mk. monatlich berechnet, was eine jährliche Mehrbelastung des Haushalts des kleinen Manns von 126 Mk. ausmachen würde. Ein Betrag, der in der Wirklichkeit noch höher werden dürfte, denn in ihren Konsequenzen sind die Folgen der neuen volksbedrückenden Steuern noch gar nicht abzusehen, weil die Steuermacht der Reichstagsmehrheit eine ebenso überleite wie liebedürftige war. Die Verteuerung der Lebensführung wird aber auch sehr schnell Platz greifen, denn angefangen mit dem Brautsteuergesetz, das bereits am 1. August in Kraft tritt, werden bis 1. Oktober d. J. auch alle übrigen Steuern zur Einführung gelangen. Dem kleinen Geschäftsmann werden die Steuerkürste der „Schmupsblock“ getauften Reichstagsmehrheit nicht minder schwere Belastungen bringen.

Zu diesen erbaulichen Aussichten gesellen sich Erscheinungen, durch die der Blick in die Zukunft noch mehr getrübt wird; Die Wehlpreise haben eine Höhe angenommen, die weit über den Stand der letzten Jahre hinausgeht, und — was das Schlimmste dabei ist — diese stark hinaufgeschraubten Preise für Mehl scheinen nicht vorübergehender Natur zu sein. Auch die Fleischpreise steigen fortgesetzt, und zwar wird das für Schweine, Schafe und Rinder gleicherweise konstatiert. Die „Allgemeine Fleischzeitung“ hat nach den Vorgängen auf dem Viehmarkt erst dieser Tage der Besürchtung Ausdruck gegeben, daß das Fleischergerwebe und der Fleischkonsum sehr ersten Zeiten entgegengeht. Da weiter infolge der anhaltenden Ungunst der Witterung mit einer Mißernte in diesem Jahre gerechnet werden muß, ferner die im ersten Stadium des Abflauens begriffene wirtschaftliche Krisis durch diese Sorte von Finanzreform sicherlich wieder eine Verschärfung erfahren wird, so ergeben sich recht trübe Perspektiven für die unteren Volksklassen. Das Wort von der Begehrlichkeit der Arbeiter hat unter solchen Umständen nun erst recht nur die Bedeutung eines Schlagworts, das an Zugkraft selbst bei den ostpreussischen Granden einbüßen muß. Die Arbeiter haben vielmehr Mühe und Not, diesen fortgesetzten und immer stärker werdenden Beutezügen auf ihre Taschen mit ihren gewerkschaftlichen Errungenschaften in einem leidlichen Tempo zu folgen.

Die nach der Pfeife des Zentrums tanzenden Konservativen aber sacken in Zukunft noch mehr ein, obwohl ihnen jetzt schon in Schöffeln gegeben wird. Von den durch den Zolltarif dem deutschen Volk auferlegten Getreidezöllen fließen nach Abzug des für die Reichskasse bestimmten Ertrags sowie des für die landwirtschaftliche Bevölkerung selbst in Betracht kommenden Getreideverbrauchs etwa 502 Millionen Mark jährlich als Tribut in den Beutel der Agrarier, wozu für 1908 noch 76 Millionen an gewährten Ausfuhrprämien aus der Reichskasse kommen. Eine Familie von vier Köpfen entrichtet jährlich also jetzt schon eine Steuer von etwa 60 Mk. an die Herren Nimmerfatten. Das ist jedoch nur für Brotgetreide. Die hohen Viehzölle und die dadurch hervorgerufenen Fleischverteuerungen erfordern noch einen besonderen Ablass an die Agrarier von seiten der Allgemeinheit. Und in dem neuen Branntweinsteuergesetze ist ihnen noch eine Reihe von Privilegien eingeräumt — die bekannte Liebesgabe ist im vollen Betrag aufrecht erhalten geblieben —, so daß der an sie zu entrichtende Tribut abermals eine nicht geringe Erhöhung erfährt. Eine Volksausbeutung, die in keinem andern Land ein Seitenstück findet, wie ja auch das preussische Junkertum nicht.

Der Besuch der Regierung und der linksstehenden Parteien, den Besitz bei den neuen Steuern mit annähernd 100 Millionen Mark in Gestalt einer Erbschaftsteuer heranzuziehen, hat diese im Nehmen eine wahre Virtuosität entfaltenden Edelsten und Besten der Nation in schrankenlose Wut und Erregung versetzt und aller Welt von neuem offenbart, daß der vielgerühmte Patriotismus dieser Stützen von Thron und Altar nichts als krasser Eigenmuth, Interessenpolitik schlimmster Sorte ist. Ein abstoßenderer Egoismus ist einfach undenkbar.

Und sie konnten ihren Willen durchsetzen, indem der Rechte das Zentrum seine wertvolle Hilfe und Stütze ließ. Diese schon bei der Geburt des Volkstaris den Agrariern fest zur Seite gestandene Partei, die immer gern mit ihrer Arbeiterfreundlichkeit — von der nur so herzlich wenig zu merken ist! — prahlt, hat es wiederum ermöglicht, daß der sogenannten Reichsfinanzreform der Stempel agrarischer Interessenwahrnehmung so scharf aufgedrückt werden konnte. Sie hat den ihr verhassten und doch so brav agrarischen Bülow gestützt, den alten Blod gesprengt und sich selbst wieder in die alte Machtstellung eingeseht. Das deutsche Volk geht fürwahr schönen Zeiten entgegen, da diese reaktionären Mächte sich nun wieder zusammengefunden, und die Arbeiter, wie nach dieser ersten Probe mit der Finanzreform bestimmt zu behaupten, noch im besondern!

Zu den rechtsstehenden Parteien, denen wir dieses gesetzgeberische Monstrum verdanken, zählen aber auch sämtliche dem Reichstag angehörenden Arbeitervertreter christlich-nationaler Couleur. Wie wurde auf jener Seite nach den Wahlen von 1907 gejubelt, daß acht Mann ihrer Richtung in den Ballotbau einzogen! Die Arbeiterinteressen und die Sozialpolitik im allgemeinen sah man im Eiltempo gefördert und vorwärts kommen. Und nun? Das dem Interesse der arbeiterfeindlichen Agrarier dienende Finanzgesetz ist durchgebracht. Mit der großen Gewerbeordnungsnovelle und dem Arbeitskammergesetze — zwei sozialpolitischen Gesetzen von Bedeutung, die in der Beratung schon ziemlich weit vorgeschritten waren — aber kann noch einmal von vorn angefangen werden, weil der Reichstag nicht, wie es sein und allgemeiner Wunsch war, vertagt, sondern geschlossen worden ist. An Gesetzen sozialpolitischen Charakters hat der Reichstag in seiner letzten Session überhaupt nur drei verabschiedet, und die sind nicht einmal von erheblicher Bedeutung: die Gewerbeordnungsnovelle über die Frauenarbeit sowie die Gesetze über die Sicherung der Kaufordnungen und die Bekämpfung des unlauteren Wettbewerbs. Es ist also trotz des Einzugs von mehreren christlich-nationalen Arbeitervertretern in den Reichstag nicht im geringsten besser geworden — die Erfolge auf sozialpolitischem Gebiete sind abermals recht schmal.

Eraurig aber war das Verhalten der christlichen Arbeitervertreter bei Behandlung der Reichsfinanzreform. Direkt schmählich das von Giesberts, der schon 1902 bei den Volkstarisverhandlungen eine recht unehrliebe Rolle gespielt und die Arbeiterinteressen förmlich mit Füßen getreten hat. Es war ein widerliches Schauspiel, als bei der Beratung eines die Entschädigung (der infolge der neuen Tabaksteuer beschäftigungslos werdenden) Tabakarbeiter und -arbeiterinnen behandelnden Antrags (wozu eine Petition des christlichen Tabakarbeiterverbandes den Anstoß gegeben hatte) Giesberts selbst für eine Verschlechterung seines hinsichtlich der Entschädigungssumme gestellten und angenommenen Antrags eintret, während der nationalliberale Abgeordnete Stresemann Erhöhung dieses Unterstufungsbetrags forderte. Der Syndikus des sächsischen Industriellenverbandes geberdete sich also arbeiterfreundlicher als der christliche Arbeitervertreter Giesberts!! Und wie hat derselbe Giesberts in Versammlungen gewettert, daß die besitzenden Klassen nicht stärker herangezogen werden sollten zu den geplanten neuen Steuern! Auf sein Betreiben und nach einem von ihm gehaltenen Referat nahm u. a. im Herbst v. J. der Delegiertentag westdeutscher katholischer Arbeitervereine folgende Resolution zur Finanzreform an:

Es berührt die Arbeiterschaft sehr befremdend, daß fast der ganze Betrag der zur Erhaltung der Reichs notwendigen Steuern von der breiten Masse des Volks getragen werden soll, wie das in der geplanten Erhöhung der Steuern auf Tabak, Bier und Branntwein zutage tritt. Gegenüber der Notlage des Deutschen Reichs verkennt die Arbeiterschaft durchaus nicht die nationale Pflicht, eine Befreiung der Reichsfinanzen herbeizuführen, indessen muß dagegen Einspruch erhoben werden, daß der größere Teil der Steuern wiederum auf die breiten Massen des Volks abgewälzt wird, während kein ernsthafter Versuch zu erkennen ist, die besitzenden Klassen entsprechend ihrer

Leistungsfähigkeit zur Bestreitung der Bedürfnisse des Reichs heranzuziehen. Das ist um so mehr geboten, weil die arbeitenden Stände durch den gegenwärtigen Niedergang der Industrie in besonderer Weise betroffen werden und auch schon durch eine Reihe indirekter Steuern belastet werden. Um so mehr ist eine Erfassung der leistungsfähigeren Kreise des Volks durch direkte Steuern geboten, als dieselben durch indirekte Steuern in besonderer Weise nur wenig getroffen werden können, da sogenannte Luxussteuern geringe Einkünfte abwerfen.

Dabei enthielt aber der damals vorliegende Regierungsentwurf die Erbschaftsteuer! Dieselbe Erbschaftsteuer, welche am 24. Juni d. J. Giesberts den Agrariern zuliebe mit verscharren half!! Es ist ein Jammer, daß Hunderttausende von Arbeitern noch solchen Führern nachlaufen, die als Gewerkschaftler schon in sehr bedingtem Maße nur Arbeiterinteressen wahrnehmen, als Parlamentarier aber nur Parteiinteressen vertreten, und wären diese, — wie bei Verhuzung der Reichsfinanzreform durch das Zentrum und die Rechte — noch so arbeiter-schädigend. Wann endlich werden den armen genasführten christlich-nationalen Arbeitern über ihre patenten Führer die Augen aufgehen?

Das Buchdruckgewerbe direkt ist zwar durch Falllassen der famosen Anzeigen- und Reklamesteuer sowie der Gas- und Elektrizitätssteuer mit einem blauen Auge davongekommen. Das hindert uns aber nicht, an der zustande gekommenen Form der Sanierung des Reichsdalles schärfste Kritik zu üben, zumal in Wälde eine neue Auflage zu erwarten steht.

Der Reichstag ist nicht aufgeblst worden. Die verbündeten Regierungen fürchteten von den Neuwahlen ein Erstarken der Opposition, deswegen nahmen sie lieber die blutige Niederlage hin, fielen um und ließen Bülow gehen. An seine Stelle ist Bethmann-Hollweg getreten. Ein Mann von größerem Wissen in wirtschaftlichen Dingen, aber auch ein Mann, der noch weniger veranlagt und geneigt sein wird, den vor fünf Jahren von den Landwirtschaftsbündern selbst seinem Vorgänger einmal erteilten Rat, er solle Kirasjerstiefeln anziehen, zu befolgen. Nach der Seite bietet sich also auch keine günstige Perspektive, obwohl der neue Mann nicht wie Bernhard Bülow Junkerblut in seinen Ädern rollen hat.

Die Arbeiter haben deshalb um so mehr Anlaß, ihre Gewerkschaften zu stärken und auszubauen und ihre Mitglieder zu schulen für die Aufgaben der Zeit. Zerspitterung ist gegenwärtig ein größerer Fehler denn je. Direkt vertehrt wäre es aber, angesichts dieser gesetzgeberischen Attentate auf die breite Masse zugunsten einer Schar von Freibeutern nun an dem Erfolg unsrer gewerblichen Arbeit zu zweifeln, weil, wie es so oft heißt, durch die Zoll- und Steuererhebung und so oft wieder alles genommen werde. Setze sich doch jeder die Frage vor: Wie könnten diese agrarischen Raubzüge paralytisiert oder doch einigermaßen wettgemacht werden, wenn die Gewerkschaften es nicht stets verstanden hätten, die materielle Lage der Arbeiterschaft entsprechend zu heben? Und hier werden die Erfolge um so höher sein, je stärker und größer unsre Organisationen sind, je mehr der Arbeiter einseht, daß Wpplitterungen und Sonderbündelei nur bare Münze für andre Leute sind, und je weniger er falschen Propheten wie den gefennzeichnerten nachläßt. Hat diese Ansicht sich einmal erst mehr durchgesetzt, gestaltet sich für die Arbeiterklasse die Perspektive auch weit, weit günstiger.

Korrespondenzen.

Saarbrücken. Zwei hochbedeutungsvolle Veranstaltungen führte die Kollegen des Bezirks Saarbrücken sowie der benachbarten Bezirke am 4. Juli in Neunkirchen zusammen. Der Vormittag rief die vielen Kollegen zur Bezirksversammlung nach dem Votale von Karl Prinz, der Nachmittag zum Johannisfeste, verbunden mit dem 15. Stiftungsfeste des Ortsvereins Neunkirchen, in die gesamten Lokalitäten von Joseph Wund. Aus dem Bezirke waren vertreten die Orte: Saarbrücken mit 67, Neunkirchen 24, Wülflingen 11, St. Jübert 9, Oberstein-Par 7, Saarlouis 7, Sulzbach 4, Friedrichstal 2 und Dudweiler 1, im ganzen 132 Kollegen. Außerdem waren erschienen Kollege Krahl (Weizig) als Vortragender, Gauvortrager Fuhs (Mannheim) sowie eine recht stattliche Zahl Kollegen aus Kaiserslautern, Zweibrücken,

Pirmasens und Forbach, ferner Deputationen aus Trier und Metz. Das eingeladene Gewerkschaftsstatell von Neunkirchen war auch erschienen. Zur Eröffnung der Versammlung trat die Gesangsabteilung Neunkirchen zum ersten Male mit einem gut vorgetragenen Chor an die Öffentlichkeit. Nachdem der Bezirksvorsitzende Gutendorf und auch Kollege Meyer (Neunkirchen) die stattliche Versammlung begrüßt hatten, fand die Ehre des Kollegen Werthold Glinther aus Anlaß seiner 25-jährigen Mitgliedschaft im Verbands statt. Kollege Gutendorf stellte in seiner Rede den Jubilar, der allzeit ein treues und ehrliebes Mitglied der Organisation war, den jüngeren Kollegen als leuchtendes Beispiel voran. Dem Jubilar wurde als äußeres Angebinde ein Diplom überreicht. Kollege Fuhs überbrachte noch dem Jubilar die Glückwünsche des Gauvortandes. Hierauf erhielt Kollege Krahl das Wort zu seinem Vortrage: „Die deutschen Gewerkschaften, ihre Tätigkeit, Erfolge und Aufgaben“. Redner schilderte in 14/1 stündigen Ausführungen die Entstehung der deutschen Gewerkschaften, die Schwierigkeiten, die denselben von allen Seiten gemacht wurden, die Zerspitterungsarbeit der christlichen und der nicht-christlichen usw. Gewerkschaften, womit den Arbeiterinteressen ein schlechter Dienst erwiesen werde. Als Beweis, daß Redner allen aus dem Herzen gesprochen, kann wohl gelten, daß eine Diskussion von keiner Seite gewünscht wurde. Für so manchen abmehlenden Kollegen wäre es von Vorteil gewesen, diesen Vortrag zu hören — und dann zu beherzigen. Zum Schluß der Versammlung trug der Gesangsverein Gutenberg Saarbriicken ein Lied vor. Hierauf folgte gemeinschaftliche Mittagstafel. Punkt 3 Uhr setzte sich alsdann unter Vorantritt der königlichen Grubenkapelle Feinich der Festzug mit ungefähr 600 Teilnehmern in Bewegung. Der Zug ging durch die Hauptstraßen der Stadt, vorbei auch an dem Ständebilde des Altbildes des modernen Herrn im Hause, Freiherrn v. Stumm. Durch den Anblick des Festzugs werden sich die christlichen Führer wohl überzeugen haben, daß es trotz ihrer gegenteiligen Meinung auch heute noch freie Gewerkschaften in der Residenz des Königreichs Stumm gibt. Aber auch andre Leute in Neunkirchen noch werden über diese Demonstration der Buchdrucker und der freien Organisationen sehr, sehr erstaunt gewesen sein. Auf dem Festplatz angekommen, entwickelte sich bald das richtige Buchdruckerleben. Nach dem Vortrag einiger Musikstücke begrüßte Kollege Meyer (Neunkirchen) die Festteilnehmer, gab einen kurzen Rückblick über die Entstehung und Entwicklung des Ortsvereins Neunkirchen und wie derselbe aus kleinen Anfängen zum zweitgrößten Ortsvereine des Bezirks Saarbriicken herangewachsen sei. Die Festrede hatte wiederum Kollege Krahl übernommen. Er schilderte, mit markiger Stimme den Garten durchdringend, die Bedeutung unsrer Johannisfeste, feierte unsern Altmeister Gutenberg als Lichtbringer und, zu dem Festvereine übergehend, spendete er ihm die Anerkennung, daß er auf vorgeschobener Warte und in bedrängter Position stehend das Banner des Verbandes und damit der freien Gewerkschaften unentwegt hochgehalten habe. Und das in einer Gefe unferes Vaterlandes, wo früher jedweder Organisationsgedanke mit rauher Faust niedergestalten und unterdrückt wurde! In das von ihm ausgebrachte Hoch auf den Festverein wurde jubelnd eingestimmt. Nunmehr trug der Gesangsverein Gutenberg Saarbriicken und die Gesangsabteilung Neunkirchen die wichtige Schmeicherkraflische „Festhymne“ mit Orchesterbegleitung vor. Die beiden genannten Gesangsvereine sowie die Typographia Kaiserslautern wetteiferten alsdann miteinander, den Teilnehmern die Stunden genussreich zu gestalten. Besonders angenehm aufgefallen ist auch die gute Schütung der Grubenkapelle Feinich unter Leitung des altbewährten Kapellmeisters Schlemmer. Freudigste Aufnahme und begeistertsten Widerhall fanden noch die Worte des Kollegen Gutendorf, in welche auch der Dank an den vor- und nachmittäglichen Festredner eingekleidet war. In die Nachmittagsfeier schloß sich abends der unvermeidliche Kanx an, der dieselbe lebhafteste Beteiligung wie alle Veranstaltungen fand. Doch schließlich richteten sich die Reihen, denn den „letzten“ Zug wollten selbst die „letzten“ auswärtigen Kollegen nicht verpassen. Begrüßungstelegramme gingen ein von den Kollegen Herrig (Trier) und Sauer (Saarburg). Den Neunkirchner Kollegen ist der Dank aller Teilnehmer für diese großartige und bestens gelungene kollegiale Veranstaltung im Königreiche Stumm sicher. Gerade dieser Tag hat erneut den Nachweis erbracht, wie ausgezeichnet solche Feste dazu angetan sind, die Kollegenschaft enger aneinander zu ketten.

E. K. Straßburg (Elß). Unter außerordentlich starker Beteiligung der Kollegen feierte am 27. Juni der hiesige Bezirksverein sein diesjähriges Johannisfest im großen Festsaale des „Tivoli“, nachdem er am Abende des Johannisstags selbst schon an der einstigen Wirkungs- und Gündungsstätte (Gutenberginfel) unferes Altmeisters Gutenberg einen schlichten, aber erhebenden Festakt veranstaltet hatte. Kollege Scheibel wirkte in feierlichen Worten die Bedeutung dieser Stätte, welche in Ehren zu halten unser Bezirksverein sich zur Pflicht gemacht habe. Wenn die ungünstige Witterung beim Hauptfest uns auch nicht im Freien bildete, so konnte dies der frohen Feststimmung keinen Abbruch tun, und die einzelnen Programmnummern kamen weit mehr zur Geltung, als es im Freien möglich gewesen wäre. Besondere Anerkennung gebührt dem Gesangsvereine Typographia, der durch zahlreiche, recht wirkungsvolle Niederwörterte wesentlich zum Gelingen des Ganges beitrug. Unstreitig den Glanzpunkt des Tages bildete die Ehreng folgender Kollegen, die in diesem Jahre zum Teil auf eine 25-jährige Verbandszugehörigkeit, zum Teil auf eine 50-jährige und höhere

berufstätigkeit zurückblicken: Karl Wmenbinger, Karl Bodinger, Anton Deminger, Michael Mutterer, Ludwig Reinfried, Aug. Keiser, Caspar Schneider, Fritz Debusen, Josef Hinzinger, Adolf Hummel, Viktor Merkle, Johann Lorenz, Julius Semmlitz. Dies unsere Straßburger Väter. Albert Gartzmann, Karl Seidelberger, Max Staubop, Karl Freisch, Emil Beste, Jakob Albert, Ludw. Weder, Moritz Reichjening, Anton Seidinger, Wilhelm Wegger, Julius Wrida, Albert Marx, Otto Heinrich, Ad. Birgenhlin, Richard Schulze, Heinrich Wager unsere Silberjubilare. Der Bezirksvorsitzende Kunler feierte die Kollegen in kurzer Ansprache, ihrer Verdienste um den Verband gedenkend, und überreichte ihnen zum festen Gedenken künstlerisch ausgeführte Ehrenurkunden. Namens des Gauvorstandes widmete Kollege Gärtner den Jubilaren warme Worte. Kollege M. Reichjening dankte für die Jubilare in kurzen Worten für die erwiesene Ehrung. Der Bezirksverein Karlsrube war durch zwei Delegierte vertreten, und der Bezirksverein Mch sowie der Stereotypklub Mannheim und die Stereotypvereine und Galvanoplastiker des Gau Württemberg hatten ihre Wünsche telegraphisch übermittelt. Für allerlei Kurzwel hatte das rührige Festkomitee reichlich gesorgt. Den Abschluß bildete ein Tanzvergnügen.

Stuttgart. (Mitgliederversammlung am 3. Juli im „Gewerkschaftshaus“.) Unter „Vereinsmitteilungen“ brachte der Vorsitzende einige Vorkommnisse im Buchdruckgewerbe des Auslandes zur Kenntnis. Allgemeines Staunen rief die Mitteilung des Vorsitzenden von dem Austritte zweier langjähriger Mitglieder (Prinzipale) aus dem Verbande hervor. Vor einiger Zeit war im „Korr.“ eine Notiz erschienen: „Sind Gewerkschaften Versicherungsvereine!“, in welcher die Frage gerichtlich verneint wurde. Auf diese Notiz fußend, erklärte der eine davon seinen Austritt; der andre stand in früheren Jahren in den vorbersten Reihen der Gewerkschafts- und Parteibewegung. Der Vorsitzende glaubte diesen Fall zur Kenntnis der Mitglieder bringen zu müssen, um etwaigen Zweifeln in betreff der Unterstützungen entgegenzutreten. Den Bericht über die am 17. und 18. Juni in Berlin abgehaltene Gauvorsitzerkonferenz gab Kollege Knie. Die Diskussion hierüber war eine rege und beteiligte sich eine größere Anzahl Kollegen zum Teil wiederholt an derselben. Ein Vortrag von Herrn Dr. Max Maurer über „Streit und Organisation bei den mittelalterlichen Gesellenverbänden“ bildete den nächsten Punkt. An der Hand eines reichen urkundlichen Materials gab Redner in andershalbstündigen, sehr lehrreichen Ausführungen ein Bild von dem Stande des Gesellenwesens im Mittelalter, Vorkommnisse anführend, welche heute zu den Dingen der Unmöglichkeit gehören. Reicher Beifall sowie der Dank des Vorsitzenden gab Zeugnis von dem Anlasse, welchen der Vortragende mit diesem Thema bei der ganzen Versammlung gefunden hatte. Den Schluß bildete ein Bericht des Kollegen Wendel über die diesjährige Beibringung h. m. Gehilfenprüfung. Das Resultat derselben ist bereits in Nr. 68 des „Korr.“ veröffentlicht.

Rundschau.

Ferien! Dem Beispiele der Hoppschen Verlagsbuchdruckerei G. v. Fenne, G. m. b. H., in Spandau folgend, welche bereits seit dem Jahre 1897 den bei ihr länger als ein Jahr beschäftigten Gehilfen je eine Woche Ferien gewährt, bewilligten auch die dortigen Druckereien Stürath & Co. und Paul Brenner ihren Gehilfen bei derselben Karenzzeit Ferien von gleicher Dauer. Erstreckt wäre es, wenn auch die übrigen am Orte befindlichen Druckereien sich zur Einführung von Ferien verstehen möchten, so daß dann sämtlichen Spandauer Buchdruckergehilfen (in diesem Jahre sind es 54 von 62) die von allen Beteiligten lobend anerkannte Wohlthat eines Urlaubs zuteil würde. — In Rieneburg (Weser) bewilligte die erst im April v. J. gegründete Buchdruckerei „Deutscher Volksbote“ allen bis zum 1. Januar d. N. eingestellten Gehilfen drei freie Tage. Es ist dies die erste Urlaubsbewilligung im Bezirk Altes-Weser.

Zur Konfiszierung der Hamburger Schillingen-Festzeitung. Von der Redaktionskommission der offiziellen Festzeitung zum 16. deutschen Bundeskongress in Hamburg wurden wir um Nichtigstellung dahingehend ersucht, daß die Notiz in Nr. 78 des „Korr.“, welche sich auf eine Mitteilung der „Wossigen Zeitung“ stützt, wonach die erste Nummer der genannten Festzeitung beschlagnahmt und als unästhetische Schrift bezeichnet worden sei, auf einem Irrtum beruht. Es handelte sich hierbei nicht um die offizielle Festzeitung, deren erste Nummer bereits im Mai d. J. erschienen ist und bisher keine Beanstandung gefunden hat, sondern um ein von einem andern Hamburger Drucker herausgegebenes humoristisches Schillingenblatt einfacher Art, das für 10 Pf. auf den Straßen verkauft wurde.

Neue Vorschriften für eine pünktlichere Lieferung der Zeitungen durch die Post sind vom Reichspostamt zu den betreffenden Dienstverwaltungen herausgegeben worden. Es heißt darin: Der rechtzeitige Eingang der Zeitungen ist dauernd zu überwachen. Der Vorsteher eines jeden Postamts hat zu bestimmen, ob und in welchem Umfange dieser Nachweis über den Eingang von Zeitungen zu führen ist, die weniger als einmal wöchentlich oder, wie das Reichsgesetzblatt, nicht in bestimmten Nummern erscheinen. Das Abgabebuch ist hierzu in der Weise mit zu benutzen, daß in einem unter dem Titel der Zeitungen freigelassenen Raume der Tag des Eingangs jeder Nummer vermerkt wird, z. B. 11, 20/6,

b. H. Nr. 11 ist am 20. Mai eingegangen. Sollte die Mitbenutzung des Abgabebuchs unzuweckmäßig sein, so soll der Vorsteher des Amtes besonders bestimmen, wie der Nachweis zu führen ist. Hauptsächlich trägt diese Verschärfung der diesbezüglichen Bestimmungen allenthalben dazu bei, daß auch hinsichtlich der Lieferung des „Korr.“ an seine Leser gegenüber dem jetzigen Zustand eine Verbesserung eintritt. Denn es ist doch die einfachste Konsequenz einer schärferen Kontrolle des Eingangs der Zeitungen bei den Postämtern wohl auch zunächst die, daß eine ebenso scharfe Überwachung des Abfertigungsdienstes damit Hand in Hand geht, wenn das Postdienstabuch nicht nur um eine papierne Verordnung bereichert sein soll.

Wegen Mitverkauf der Redakteure wurden die ehemaligen Besitzer der „Kostoder Zeitung“, Adlers Erben, von der Zivilkammer des Rostoder Landgerichts zu 2000 Mark Gehaltsnachzahlung verurteilt. Die „Zeitschrift“ berichtet über diesen interessanten Fall etwa folgendes: Im Mai v. J. wurde die „Kostoder Zeitung“ verkauft und dies erfuhr die beiden Redakteure des Blattes erst aus einer offiziellen Bekanntmachung im letzten. Der Geschäftsführer von Adlers Erben war der Ansicht, daß die beiden Redakteure an den neuen Besitzer mit verkauft werden könnten. Mit diesem Handel waren aber die Verkauften nicht einverstanden, sie traten sofort von ihren Posten zurück und forderten auf gerichtlichen Wege die Nachzahlung ihres Gehalts für die Zeit der früher vereinbarten Kündigungsfrist. Das Gericht stimmte ihnen bei und legte dem „Redakteurverkäufer“ auch noch die Ertragung der Prozesskosten auf.

Druckmaschinen in China. Der „Ostasiatische Lloyd“ berichtet in der letzten Nummer, daß Druckerei- und Buchbindereimaschinen besonders in Mittel- und Nordchina begehrt Artikel bilden, und daß damit ein regelmäßiges Geschäft zu machen sei. Da für kleinere Maschinen mit Handbetrieb hauptsächlich nur das Platzgeschäft in Frage kommt, haben die führenden deutschen Maschinenfabriken den Weg eingeschlagen, daß sie fast durchweg große deutsche Firmen in China als Platzvertreter bestellt und sich deren fachverständige Kenntnis des Marktes gesichert haben. Zeitungsdruckereien, bei denen mit einer Tagesausgabe von tausend Exemplaren zu einem bis zwei einseitig bedruckten Blättern gerechnet werden muß, wollen noch nicht über die einfache Presse hinaus und falzen noch mit der Hand. Die Schriftzeichen werden meistens in Schanghai Schreiftischereien von Chinesen angefertigt. Das Schriftmetall kommt vielfach von Deutschland, aber auch von England und Japan. Die Druckfarbe wird gleichfalls von diesen Ländern eingeführt. Japanische Druckerpressen, die sich zuerst bemerkbar machten, sind infolge ihrer sprichwörtlichen Minderwertigkeit wieder ins Hintertreffen gekommen. Heute sind die Maschinen der modernen chinesischen Druckereien zur Hälfte, wenn nicht noch mehr, deutschen Ursprungs. Die größte englische Zeitung in Schanghai wird auf deutschen Maschinen hergestellt, die französische Druckerei besitzt eine deutsche Presse. Und auch die treffliche und sehr große Druckerei der Seegalverwaltung, die in den letzten Jahren neugebaut worden ist, verwendet, abgesehen von zwei älteren, noch nicht ausrangierten englischen Hilfsmaschinen, ausschließlich deutsche Fabrikate.

Auf dem Kriegsspade gegen die Gewerkschaften machen sich in letzter Zeit einzelne deutsche Gerichte außerordentlich bemerkbar. Wieseler sonstige Kleinliche Sticheleien übergehend, berichteten wir erst in Nr. 79 über die gerichtliche Abstemplung des Bergarbeiterverbandes zu einem politischen Verbands, weil er einen Druck auf die Gefesgebung auszuüben versuche und nun ist der Holzarbeiterverband an die Reihe gekommen. Und in diesem Fall ergibt sich folgender Zusammenhang: Im Frühjahr dieses Jahres veranstaltete der Deutsche Holzarbeiterverband in Hunderten von Orten des Reichs Versammlungen, die der Agitation für den Verband dienen sollten. Auch in Magdeburg sollte eine solche Versammlung stattfinden; sie wurde aber von der Polizei aufgelöst, weil ihren Abgeordneten, die zur Überwachung der Meinung der Polizei politischen Versammlung erschienen waren, der Zutritt verweigert wurde. Die Ansicht der Polizei, daß in der Versammlung politische Angelegenheiten erörtert werden sollten, gründete sich darauf, daß in dem Versammlungsinferate gelegentlich der Aufforderung zum Anschluß an den Verband auch von den ungeheuren Steuerforderungen des Staats gesprochen wurde, die dazu beitrügen, daß der Hungerriemen noch stärker angezogen werden müsse. Dagegen front zu machen, sei Pflicht eines jeden Arbeiters. Der Einberufer der Versammlung erhielt nun zwei Strafanhalte über je 10 Mk. Er erhob Einspruch, erreichte aber nur, daß das Schöffengericht die Strafe auf insgesamt 100 Mk. erhöhte. Besonders die Worte „Hungerriemen“ und „front machen“ erachtete es als ausfälliggebend. Das Landgericht Magdeburg als Berufungsinanz ermäßigte die Strafe wieder auf 20 Mk. Die weitgehende Publikation hätte doch darauf hingewiesen, daß politische Angelegenheiten erörtert werden sollten. Wenn vielleicht auch nicht der Referent, so hätte doch bei der herrschenden Nebefreiheit jeden Augenblick ein anderer Redner aufzutreten und über neue Steuern oder andre politische Dinge sprechen können. Interessant war, daß der Vorsitzende des Gerichts in bezug auf das Wort „den Hungerriemen noch stärker anziehen“, bemerkte, er wisse gar nicht, was das heißen solle. Der Arbeiter hungere doch nicht. Im Gegenteil, die Arbeiter sähen doch alle sehr wohlgenügend aus; wohlgenügender als viele wissenschaftlich gebildete Leute!

Ein allgemeiner paritätischer Arbeitsnachweis soll auf Beschluß der Kreisbauernschaft in Dresden errichtet werden, trotzdem das Stadtverordneten-

Kollegium sich vorher dagegen ablehnend verhalten hatte. Der Verwaltungsrat ist aus je sieben Vertretern der Unternehmer und der Arbeiter gedacht. Von den letzteren erhalten die freien Gewerkschaften vier Sitze und die sogenannten nationalen Gewerkschaften zusammen drei Vertreter. Das Gewerkschaftskartell hat nach eingehender Aussprache sich für den Anschluß erklärt und die vier Vertreter schon ernannt.

Die Eisenbahner in Baden, die bisher in zwei Organisationen, dem Süddeutschen Eisenbahnerverbande (frei) und dem Badischen Eisenbahnerverbande (christlich), getrennt ihre Ziele verfolgten, haben sich, durch reaktionäres Verhalten der Eisenbahndirektion genötigt, vertragsmäßig auf ein gemeinsames Programm vereinigt.

Terrorismus durch einen höheren Eisenbahnenbeamten in einer Dohnbewegung. Das Organ des christlichen Bauhandwerkerverbandes, die „Baugemeinschaft“, berichtet aus Lingen: Eine eigentümliche Rolle spielte auch der Direktor der königlichen Eisenbahndirektion hier selbst. Der Vater eines Mitglieds unserer Organisation arbeitet auf der königlichen Werkstätte. Es wurde ihm von dem Direktor erklärt, daß wenn er seinen Sohn nicht zur Arbeit schicke oder dafür Sorge, daß er die Arbeit aufnehme, er sofort von der Werkstätte entlassen würde, obgleich derselbe über 15 Jahre dort gearbeitet hat. Es wurde dem Sohne hierauf auswärtige Arbeit angewiesen. Aber auch dieses genigte dem Direktor nicht, sondern der Arbeiter sollte speziell in Lingen die Arbeit aufnehmen. Somit war der Sohn gezwungen, Streikbrecher zu werden, um seinen Vater nicht um das tägliche Brot zu bringen.

Eine Entschädigung an arbeitslose Tabakarbeiter von Reichs wegen hat der Reichstag in der Weise zum Beschluß erhoben, daß aus den Einnahmen der Steuererhöhung für Tabakfabrikate den Bundesregierungen Mittel zur Verfügung gestellt werden sollen, aus denen Personen, die infolge Mißganges der Fabrikation durch das Gesetz arbeitslos werden, Unterstützung erhalten sollen. Die Präzisierung der näheren Bestimmungen ist dem Bundesrate vorbehalten, doch ist demselben anheimgegeben, die Höhe der Unterstützung auf mindestens drei Viertel des entgangenen Arbeitsverdienstes festzusetzen. Dieser Beschluß wurde mit 341 gegen 12 Stimmen gefaßt. Gleichzeitig hat auch der Vorstand des Deutschen Tabakarbeiterverbandes angesichts des mit Bestimmtheit zu erwartenden Mißganges im Tabakkonsum und der damit verbundenen Steigerung der Arbeitslosigkeit einen Aufruf an die gesamte organisierte Arbeitererschaft erlassen, wonach der Zug von Tabakarbeitern nach Deutschland bis auf weiteres streng ferngehalten werden soll.

Aber die Haftpflicht der Eisenbahnverwaltungen für Fahrpläne sind folgende Bestimmungen getroffen worden: Die Eisenbahn muß für alle Fehler haften, die in öffentlichen Fahrplänen begangen worden sind, da die öffentlichen Fahrpläne durchaus klar und übersichtlich und selbstverständlich richtig sein müssen. Dagegen haftet sie nicht für die Fehler, die in privaten Kursbüchern etwa vorhanden sein könnten. Sie haftet für Fehler in privaten Kursbüchern nur dann, wenn dieselben Fehler sich in den amtlichen Fahrplänen befinden und von diesen in die privaten übergegangen sind. Die Haftpflicht erstreckt sich erstens auf die Preisfestsetzung für zu hoch begabte Billette und zweitens auf den Erlaß aller dem Reisenden durch einen Fehler im amtlichen Kursbuch entstandenen Unkosten. Wenn also zum Beispiel im amtlichen Fahrpläne bei einem Zuge nur Waggon 1. und 2. Klasse angegeben worden sind, trotzdem auch Wagen 3. Klasse verkehren, so muß die Eisenbahn für den Preisunterschied zwischen der 2. und 3. Klasse bei denjenigen Reisenden auskommen, die sonst gewöhnlich nur die 3. Klasse benutzen und demgemäß voraussichtlich auch in diesem Falle nur die 3. Klasse benutzt haben würden. Für Zugversäumnisse, die infolge eines Fehlers im amtlichen Fahrplan entstehen, oder bei Versäumnissen von Anschlüssen muß die Eisenbahn für die Kosten haften, die dem Reisenden dadurch entstanden sind, daß er infolge der falschen Angaben des amtlichen Kursbuchs den wirklich letzten Zug vermissen hat. Sehr wesentlich ist der Hinweis auf einen Irrtum, der allgemein unter dem reisenden Publikum verbreitet ist. Allgemein wird nämlich angenommen, daß das Reichskursbuch, das von dem Reichspostamt herausgegeben wird, das amtliche Kursbuch sei. Diese Annahme ist falsch. Das Reichskursbuch ist nicht amtlich. Demgemäß haftet also die Eisenbahn durchaus nicht für Fehler, die vielleicht in dem sogenannten Reichskursbuch enthalten sein könnten. Als amtliche Fahrpläne dagegen gelten alle, die in den Warteflächen der Eisenbahnen sowie in den Hallen und Stationsräumen der Bahnhöfe ausgehängt sind und die Bezeichnung „Amtlicher Fahrplan“ tragen.

Gewerkschaftsnachrichten. Die Tarifbewegung der Klemperer in Leipzig ist beendet. Ein neuer Tarif, der eine mäßige Erhöhung des Stundenlohns und Verkürzung der Arbeitszeit an den Samstagen von neun auf acht Stunden bringt, tritt mit dem 1. April n. J. in Kraft und läuft bis 1912. — In Neumarkt und Parchnitz in Schlesien sind die Lederarbeiter in Streik getreten. — Der Streik der Knopfmacher in Frankenhäusen (Ruffh.) wurde nach 21 Wochen langem Kampfe mit Erfolg für die Arbeiter beendet. — Die Holzarbeiter in Ramenz sind ebenfalls in Streik getreten. — Ferner ist in der Rheinischhaffert am 12. Juli ein größere Ausstand perfekt geworden. — Die Einigungsverbände in der Hamburger Aussparungs- und Streikbewegung sind resultatlos verlaufen. — Die Maurer und Zimmerleute in Plauen sind ebenfalls in den Ausstand getreten.

